DIE LINKE. Sachsen

1. Tagung des 17. Landesparteitages

3. - 5. November 2023

C. Sachanträge

C.1. Rahmenwahlprogramm der LINKEN. Sachsen zur

Kommunalwahl 2024

ÄC.1.7. Änderungsantrag: Tierschutz sichern und ausbauen

Einreicher*innen: Susanne Schaper, Stefan Hartmann, Lars Kleba

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Änderung beschließen:

Einfügung nach Zeile 624:

3.8. Tierschutz sichern und ausbauen

Haus- wie auch Nutztiere sind ebenfalls fühlende Lebewesen und Mitglieder unserer Gemeinwesen. Auch sie verdienen ein möglichst würdevolles Leben. Die sächsische Landesverfassung trägt dem Rechnung, indem sie den Tierschutz als Staatsziel benennt. Die Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure in diesem Bereich, insbesondere was den Umgang mit Fund- und Verwahrtieren anbelangt, der durch sie geregelt wird. Die Länder stehen in der Pflicht die Kommunen dabei zu unterstützen, bestehende Gesetze und Verordnungen zum Schutz der Tiere adäquat umsetzen zu können. Leider entspricht der hohe Rang, den der Tierschutz auf dem Papier einnimmt, nicht der gelebten Realität: Die Zuweisungen und Fördermittel, die der Freistaat den Kreisen, Städten und Gemeinden für Tierschutz zur Verfügung stellt, sind seit Jahren völlig unzureichend. Die Gemeinden haben ihre Tierschutzaufgaben oft an Tierschutzvereine ausgelagert und geben den finanziellen Druck in Form von Fund- und Verwahrtierverträgen mit Dumpingkonditionen an diese weiter. Die Tierheime stehen indessen aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise sowie der Inflation am Rande des Kollapses. Wird nicht endlich gehandelt, droht das System des kommunalen Tierschutzes zusammenzubrechen. Immer mehr sächsische Tierheime stoßen bei der Unterbringung und Betreuung beschlagnahmter Tiere, wie verhaltensproblematischer Hunde oder Exoten an ihre Kapazitätsgrenzen und müssen Aufnahmestopps verhängen. In der Folge steigt auch die Zahl verzweifelter Hunde- und Tierhalter*innen, die ihre Tiere einfach aussetzen. Bilder von verwahrlosten, herrenlos umherstreunenden und leidenden Tieren könnten auch in sächsischen Gemeinden zum Alltag werden. Im Falle herrenloser Katzen sind sie es vielerorts schon heute.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Erhöhung der vom Freistaat Sachsen für den Tierschutz bereit gestellten finanziellen Mittel
- faire kommunale Fund- und Verwahrtierverträge, die den Tierschutzvereinen ein fachgerechtes und kostendeckendes Arbeiten ermöglichen
- die Etablierung kommunaler Tierschutzbeauftragte*
- die Schaffung einer Katzenschutzverordnung, die den Kommunen die Möglichkeit an die Hand gibt, tierschutzrechtlich Registrierungs- und Kastrationspflichten für freilaufende Besitzerkatzen zu verhängen
- nachhaltige Maßnahmen zur Eindämmung und Überwachung des (illegalen) Welpen- und Hundehandels, wie z.B. eine Registrier- und Kennzeichnungspflicht für Hunde
- konsequente Durchsetzung des Qualzucht-Verbots

<u>Begründung:</u>
erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages: